

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Dienstag, 24. Juni 1986

Blatt 1555

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal:
(rosa)

Wiener Landtag
Wiener Gemeinderat - Rechnungsabschluß
Bausperre im 13. Bezirk

Lokal:
(orange)

90 Bäume müssen für Kanalbau entfernt werden

Nur
über FS:

Falscher Bombenalarm in der U-Bahn

Dienstag, 24.6.1986

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 1556

Rausperre im 13. Bezirk

Utl.: öffentliche Auflage

2 =Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Für ein Gebiet im 13. Bezirk, im wesentlichen westlich der Einsiedeleigasse/Schweizertalstraße, soll eine zeitlich begrenzte Bausperre verhängt werden. Der Grund dafür ist die Absicht, einen neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan auszuarbeiten, durch den das charakteristische Erscheinungsbild des Stadtteils besser geschützt werden kann, als dies derzeit möglich ist. Der Planentwurf liegt vom 26. Juni bis 24. Juli während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, an den "langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14 - 16, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf.++++

(Schluß) and/gg

NNNN

Wiener Landtag (1)

Utl.: Fragestunde

3 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Landtag trat Dienstag unter dem Vorsitz seines 1. Präsidenten SALLABERGER zu einer Sitzung zusammen, die mit der Fragestunde eingeleitet wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von LAbg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), in welcher Weise er auf die jüngst veröffentlichte Sozialpartnerbereitsstudie im Bezug auf die Ladenöffnungszeiten reagieren werde, sagte LH Dr. ZILK (SPÖ), daß das Ergebnis dieser Studie generell die derzeitigen Öffnungszeiten nicht in Frage stelle. Im Zusammenhang mit dem Städtetourismus sei zu sagen, daß auch die Wiener City-Kaufleute derzeit die möglichen Öffnungszeiten etwa an Samstagen nicht ausnutzten. Darüber hinaus gebe es Gespräche zwischen den Sozialpartnern, was gerade im sensiblen Bereich der Ladenschlußzeiten wichtig sei.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von LAbg. Mag. KAUER (ÖVP), welche Maßnahmen er seit der letzten diesbezüglichen Anfrage am 18. April zur Gewährleistung der persönlichen Sicherheit der Mieter des Hauses Landstraßer Gürtel 19 veranlaßt habe, sagte Landeshauptmann Dr. ZILK, daß er über das Polizeipräsidium die Überwachung des Hauses durch Kriminalbeamte veranlaßt habe. Darüber hinaus halte die Baupolizei und das Büro für Sofortmaßnahmen ständigen Kontakt mit den Mietern. Diese und jede weitere mögliche Maßnahme seitens der Stadt Wien werde er auch weiterhin veranlassen. Zilk betonte, daß er selbst immer für ein Verbot der NDP eingetreten sei, mit deren Mitgliedern es Schwierigkeiten im besagten Haus gebe. (Forts.) gab/rr

Wiener Landtag (2)

Utl.: Fragestunde

4 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von LAbg. NEUMANN (ÖVP), ob er bereit sei, seine Kompetenzen als Landeshauptmann im Rahmen des Ladenschlußgesetzes voll auszuschöpfen, verwies Landeshauptmann Dr. ZILK (SPÖ) auf seine Beantwortung der ersten Anfrage. Er fügte hinzu, daß auch gewisse Detailprobleme mit der Handelskammer und damit sozialpartnerschaftlich abgesprochen werden müßten. (Forts.) gab/gg

Wiener Landtag (3)

Utl.: Fragestunde

6 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK erklärte auf die VIERTE ANFRAGE von LAbg. PUTZ (ÖVP) über eine Aufhebung des Demonstrationserlasses des Wiener Stadtschulrates vom 14. Dezember 1984, daß eine Demonstration im allgemeinen nicht als Entschuldigungsgrund für das Fernbleiben vom Unterricht angesehen werden könne. Die Friedensdemonstration im Oktober 1983 gelte als Ausnahme, da sie über einzelne Gesinnungsgruppen hinausgehenden Charakter gehabt habe und ein gesamtösterreichisches Ereignis gewesen sei.

Zur FÜNFTEN ANFRAGE von LAbg. OUTOLNY (SPÖ) über den Stand der Durchführungsverordnung zum Wiener Feuerpolizei- und Luftreinhaltegesetz führte StR. Friederike SEIDL (SPÖ) aus, daß von diesen Verordnungen bereits drei beschlossen und kundgemacht, drei bereits begutachtet und zwei in Arbeit seien. Die noch ausständige Verordnung über Abgas- und Emissionsgrenzwerte stehe kurz vor der Kundmachung.

Zur SECHSTEN ANFRAGE von LAbg. FREINBERGER (SPÖ) erklärte StR. SEIDL (SPÖ), das Wiener Tierschutz- und Tierhaltegesetz werde im Spätherbst 1986 beschlossen, und sie erwarte keine Einwände.

Zur SIEBENTEN ANFRAGE von LAbg. Dr. GOLLER (ÖVP) über eine Verordnung zum Wiener Jagdgesetz, durch die das Fallenstellen in Wien generell verboten werden soll, sagte StR. SEIDL (SPÖ), das Fangen von Wild mit Hilfe von Tellereisen und Schwanenhälsen etc. sei in Wien bereits seit Jahren verboten. Die Anwendung zum Beispiel von Kastenfallen werde als waidgerechte Jagdausübung angesehen, unterliege aber einer strengen Kontrolle. Ein Verbot von Fallen würde als Alternative nur das Abschießen von Wild in der Nähe von verbautem Gebiet zulassen, was sie, Seidl, als nicht gangbar erachte.
(Forts.) jel/gg

NNNN

Wiener Landtag (4)

Utl.: Fragestunde

7 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE von LAbg. Dr. Marilies FLEMMING (ÖVP), wieviele behinderte Arbeitnehmer die Stadt Wien nach den Bestimmungen des Invalideneinstellungsgesetzes zu beschäftigen verpflichtet ist, antwortete StR. Friederike SEIDL (SPö), dies wären 1.877. Diese Zahl sei jedoch in der Praxis nicht zu erreichen. So sind allein im Magistrat laut Dienstpostenplan 1.190 Arbeitsplätze möglich, jedoch nur 701 besetzt. Auf eine Zusatzfrage sagte StR. Seidl, sie habe im Jahre 1984 ein Rundschreiben an alle Dienststellen erlassen, ob diese in der Lage wären, Behinderte zu verwenden. Dadurch konnten 93 weitere Personen eingestellt werden. Mit Stand Februar 1986 sind in der für Personalfragen zuständigen Magistratsabteilung lediglich 143 behinderte Aufnahmewerber vorgemerkt. Mehr gibt es am Arbeitsmarkt offenbar nicht.

Die NEUNTE ANFRAGE von LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPö) hatte zum Inhalt, in welcher Form eine Bereitschaft des Bundes gegeben ist, sich an der Finanzierung einer Weltausstellung in Wien zu beteiligen. Darauf antwortete StR. MAYR (SPö), es gebe eine Regelung, derzufolge die nationale Regierung die Kosten zu tragen habe. Im konkreten Fall habe es auch Gespräche mit Ungarn gegeben, zuletzt beim Besuch von Bürgermeister Zilk in Budapest. Außerdem stehe man mit Bundeskanzler Vranitzky und Finanzminister Lacina in engem Kontakt. Wie Mayr weiter ausführte, könne er sich realistisch eine Weltausstellung nur dann vorstellen, wenn sie mit Ungarn koordiniert wird. Als nächstmöglichen Termin nannte er 1995/96. Zur Kostenfrage stellte er fest, daß Vancouver mit einem Abgang von 300 Millionen rechnet. (Forts.) ull/rr

Wiener Landtag (5)

Utl.: Fragestunde

8 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Die ZEHNTE ANFRAGE von LAbg. HONAY (SPö) lautete, ob beabsichtigt ist, in Wien eine ähnliche Regelung zu treffen wie im Abgabenänderungsgesetz 1985, durch das für den Geltungsbereich der Bundesabgabenordnung per 1. Jänner 1986 eine Erhöhung der Stundungszinsen von 3 auf 4 Prozent über der Bankrate vorgenommen wurde. Darauf antwortete StR. MAYR (SPö), eine Novellierung der Wiener Abgabenordnung, nur um Stundungszinsen zu erhöhen, sei derzeit nicht beabsichtigt. (Forts.) ull/gg

Wiener Landtag (6)

Utl.: Fragestunde

9 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ELFTE ANFRAGE von LABg. Mag. KAUER (ÖVP), wann der Verkehr auf der Südost-Tangente durch stationäre Radaranlagen überwacht werde, antwortete Stadtrat Ing. HOFMANN (SPÖ), eine Betriebsaufnahme erwarte er im kommenden Jahr, doch werden schon vorher und auch dann weiter die mobilen Überwachungen von Geschwindigkeitsüberschreitungen durchgeführt. Voraussetzung für die Inbetriebnahme der stationären Radarüberwachungsanlagen seien die Mittel vom Bautenministerium. Für die mobile Überwachung werden derzeit entsprechende zusätzliche Haltebuchten hergestellt.

Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von LABg. HUFNAGL (SPÖ), welche Aktivitäten die Bundesstraßengesellschaft bisher gesetzt habe, antworte StR. Ing. HOFMANN, daß die Gesellschaft für Planung und Errichtung der A 22 (Reichsbrücke - Kaisermühlen), der A 23 (Kaisermühlen - Hirschstetten) sowie von Gürtel, Grünbergstraße, West- und Südeinfahrt geschaffen wurde. Arbeiten haben bereits bei der A 22 begonnen (wenn Bevölkerung und Bezirk zustimmen, Baubeginn im Herbst). Für Gürtel, West- und Südeinfahrt hat die Gesellschaft 50 Aufträge an Planungsteams und Experten vergeben, und es laufen auch Vorbereitungen für eine Beteiligung von Bevölkerung und Bezirken an der Planung für diesen Bereich. (Ende der Fragestunde). (Forts.) and/rr

Wiener Landtag (7)

Utl.: Grünlanddeklaration

10 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) StR. BRAUN (SPÖ) beantragte den Beschluß einer Grünlanddeklaration, wonach Grünflächen in Wien und darüber hinaus im niederösterreichischen Umland geschützt werden sollen. Die Deklaration sieht vor allem den Schutz der Landschaftstypen des Wienerwaldes und des Auwaldes an der Donau, aber auch der landwirtschaftlich genutzten Kulturflächen sowie der Parkgebiete im Stadtbereich vor. Weiters soll die Grünflächenversorgung in den derzeit benachteiligten Stadtgebieten verbessert werden. Bei Auftreten von Interessenskonflikten soll dem Grünland Vorrang gegenüber anderen Nutzungen eingeräumt werden. Ein Appell an den Bund, das Land Niederösterreich und die Umlandgemeinden soll zur Sicherung und Weiterentwicklung der Grün- und Erholungsräume der gesamten Region beitragen.

LABg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) betonte die Zustimmung der FPÖ zur Deklaration und forderte darüber hinaus ein Grundverkehrsgesetz für Wien, um eine Zweckentfremdung der Kulturflächen zu verhindern. Weiters müsse die Beseitigung des Grünflächenmangels in den Innenbezirken besondere Priorität haben. (Forts.) gab/gg

Wiener Landtag (8)

Utl.: Grünlanddeklaration

11 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Zur Grünlanddeklaration erklärte StR. Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖVP), dies sei ein erster Schritt in Richtung Umweltvorsorge und Umweltschutz mit Verfassungsvorrang, "grüne" Grundrechte und Pflichten der Bürger. Welan forderte ein ganzheitliches ökologisches Denken in der Stadtplanung, bei der das Ziel eine "grüne Vernetzung" in der Wiener Stadtlandschaft sein müsse. Die Grünlanddeklaration bedeute einen ersten Schritt vom reagierenden reparierenden Umweltschutz zur Umweltvorsorge. Vor allem gehe es, erklärte Welan, um die Schließung des Grüngürtels, um Grünplanung und Grünmaßnahmen in Nord-Osten und Osten der Stadt. Dazu gehöre auch eine Einbindung der Sanierung der Mülldeponie Rautenweg in ein landschaftsplanerisches Konzept. Absoluten Vorrang müßten Maßnahmen gegen das Baum- und Waldsterben haben. Abschließend erklärte Welan, die Grünlanddeklaration sei zwar keine große Wende in der Grünpolitik, aber möglicherweise eine kleine. (Forts.) jel/rr

Wiener Landtag (9)

Utl.: Grünlanddeklaration

12 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) LAbg. Ing. RIEDLER (SPÖ) meinte, die Grünlanddeklaration füge sich in die Reihe der vielen Maßnahmen zum Schutz der Umwelt ein. Das Bekenntnis zum Grün sei für die Sozialdemokraten schon in der ersten Republik sehr wichtig gewesen.

Wien liegt am Schnittpunkt verschiedener europäischer Landschaftsräume, und es gehe nun darum, daß die Stadtlandschaft ihre Eigenheit nicht verliere. Allerdings sind 94 Prozent des Wienerwaldes außerhalb der Bundeshauptstadt, und man müsse nun versuchen, auch die Umlandgemeinden dazu zu bringen, eine Verhüttelung und Verschandelung dieses Waldbereiches künftig zu vermeiden. Die Grünlanddeklaration ist außerdem ein Schritt in die Richtung der Verbesserung des Grünangebotes in den dichtverbauten Stadtgebieten. Er sei froh, daß künftig bei Interessenskonflikten der Grünpolitik Vorrang eingeräumt werde.

Riedler brachte einen Drei-Parteien-ABÄNDERUNGSANTRAG ein, worin unter anderem die Berücksichtigung von Rad- und Wanderwegen sowie ein alle zwei Jahre an den Landtag zu erstattender Bericht über die Grünlandpolitik gefordert werden.

StR. BRAUN (SPÖ) verwies in seinem Schlußwort auf die zahlreichen kleinen Parks, die in den letzten Jahren in den innerstädtischen Bezirken verwirklicht wurden. Es sei in nur fünf Jahren gelungen, den Anteil der Grünflächen in Wien von 45 auf 49,9 Prozent zu erhöhen. Die Diskussion um die Grünlanddeklaration habe eine Einigkeit aller Fraktionen gezeigt.

ABSTIMMUNG: Die Grünlanddeklaration wurde samt Abänderungsantrag einstimmig beschlossen. (Forts.) fk/gg

Wiener Landtag (10)

Utl.: Wiener Weinlesegesetz

13 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) StR. Friederike SEIDL (SPö) stellte den Antrag, das Wiener Weinlesegesetz zu beschließen.

Demnach sind Weintrauben zur Weinbereitung geeignet, wenn der Saft ein Mostgewicht von mindestens 13 Grad Klosterneuburger Mostwaage aufweist. In Jahren ungünstiger Reifeverhältnisse sind durch Verordnung Mindestmostgewichte festzusetzen, die unter 13 Grad KMW, jedoch nicht unter 11 Grad KMW liegen dürfen. Das Gesetz wurde in Erster und Zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Zwtl.: Änderung des Wiener Schulgesetzes

StR. Ingrid SMEJKAL (SPö) stellte den Antrag auf Novellierung des Wiener Schulgesetzes. Sie begründete dies damit, daß das Bemühen aller darauf gerichtet sein müsse, Reformen zu erzielen, die den Jugendlichen zugute kommen.

LAbg. PUTZ (öVP) würdigte das neue Gesetz, weil es in vielen Fällen eine Reduzierung der Schüleranzahl in Klassen vorsieht. Weiters meinte er, man müsse den Wunsch der Eltern nach einer Fünf-Tage-Woche respektieren. Es stelle sich allerdings die Frage, ob nicht in manchen Schulen Fünf-Tage und Sechs-Tage-Klassen nebeneinander bestehen könnten. Putz sprach sich entschieden gegen alle Arten von fragwürdigen Schulversuchen aus. Man brauche ein Bildungssystem, in dem das Leistungsprinzip kein Lippenbekenntnis ist. Als negatives Beispiel nannte er Gerüchte über eine angeblich geplante Abschaffung der Ziffernoten.

LAbg. Margarete DUMSER (SPö) stellte klar, daß es nicht darum gehen könne, wer wann irgendwelche Ideen geboren habe. Gemeinsam müßten alle für unsere Kinder arbeiten. So stelle sich die Frage, ob ein kommentarloses "Nicht genügend" einen Schüler in eine größere oder kleinere Streßsituation bringe als eine ausführliche globale Beurteilung. (Forts.) ull/rr

Wiener Landtag (11)

Utl.: Änderung des Wiener Schulgesetzes

14 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Weiters regte Dumser an, einen Gegenstand "Hauswirtschaft und Partnerschaft" einzuführen und sich mit der Frage zu beschäftigen, ob die Ausbildung bei Buben und Mädchen unter Berücksichtigung der individuellen Belastbarkeit tatsächlich gleich ist.

In ihrem Schlußwort sagte StR. Ingrid SMEJKAL, in Wien bestehe bei zahlreichen Eltern der Wunsch, daß die Schüler bis 16 Uhr in der Schule bleiben. Als Hauptgrund bezeichnete sie Berufstätigkeit der Eltern. In welcher Form dies praktiziert werden könnte, müsse man allerdings noch ausführlich diskutieren.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde in Erster und Zweiter Lesung einstimmig angenommen. (Forts.) ull/gg

Wiener Landtag (12)

Utl.: Änderung der Pensionsordnung

15 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) StR. Friederike SEIDL beantragte eine Novelle zur Pensionsordnung 1966, durch die ein Pensionsanspruch auch für den Witwer und den früheren Ehemann nach einem weiblichen Beamten der Stadt Wien geschaffen werden soll.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen.

Zwtl.: Landwirtschaftliches Gleichbehandlungsgesetz

StR. Friederike SEIDL beantragte weiters eine Änderung des Wiener land- und forstwirtschaftlichen Gleichbehandlungsgesetzes, u.a. mit einer Erweiterung des Gleichbehandlungsgebotes auf freiwillige Sozialleistungen und dem Verbot geschlechtsspezifischer Stellenausschreibungen.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen.

Zwtl.: Änderung des Vergnügungssteuergesetzes

Landeshauptmann-Stellvertreter Hans MAYR beantragte eine Novelle des Vergnügungssteuergesetzes 1963. Es geht darin um eine Verringerung des Pauschales bei Spielapparaten ohne Gewinnauszahlung, die Besteuerung des Videofilmverleihs und eine höhere Besteuerung für Sexfilme.

LABg. LANGHAMMER (öVP) bezeichnete das Vergnügungssteuergesetz als schlecht, weil es vom Inhalt her inkonsequent, außerdem unübersichtlich sei und überdies zahlreiche Rückvergütungspositionen aus anderen Budgetgruppen enthalte. Positiv seien die Beschränkung bei Spielautomaten, die Erleichterungen bei Konzert- und Ballveranstaltungen und die geringere Bewertung des fiskalischen Aspektes. In einem ABÄNDERUNGSANTRAG verlangt die öVP die Streichung der Videofilmbesteuerung. SPÖ und öVP BEANTRAGTEN eine Neufassung des Gesetzes mit dem Ziel, kulturelle Veranstaltungen von der Vergnügungssteuer auszunehmen.

LABg. KNFIDINGER (SPö) verwies auf das erfolgreiche Zurückdrängen der Glückspielautomaten. In einem ABÄNDERUNGSANTRAG verlangt die SPö eine Vergnügungssteuerbefreiung für ortsfeste pratermäßige Veranstaltungen.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen, ebenso der Antrag der SPö und der gemeinsame Antrag von SPö und öVP. Der öVP-Antrag (Videofilmbesteuerung) wurde abgelehnt. (Forts.) and/rr

Wiener Landtag (13)

Utl.: Wiener Naturschutzbericht

16 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) StR. BRAUN (SPö) legte dem Wiener Landtag den Wiener Naturschutzbericht 1985, der sich mit den verschiedenen Aufgabenbereichen des Naturschutzes befaßt, zur Kenntnisnahme vor. Die Annahme erfolgte EINSTIMMIG. (Schluß) gab/rr

90 Bäume müssen für Kanalbau entfernt werden

Utl.: Ersatz-Grünprojekt wird vom Stadtgartenamt ausgearbeitet

19 =Wien, 24.6. (RK-LOKAL) Für den Bau des dringend notwendigen Entlastungskanals zum Rechten Hauptsammelkanal entlang des Donaukanals müssen 90 Bäume im Bereich Erdberger Lände entfernt werden. Für Ersatzpflanzungen ist im Böschungsbereich Platz - ein entsprechendes Grünprojekt wird derzeit vom Stadtgartenamt ausgearbeitet. "Obwohl für diese Baumentfernungen nach der Gesetzeslage kein Baumschutzverfahren durchzuführen war, ist es für mich selbstverständlich, daß dennoch ein eigenes Grünprojekt ausgearbeitet wird und dabei so weit wie nur möglich dem Sinn und den Bestimmungen des Baumschutzgesetzes entsprochen wird", erklärte Umweltstadtrat Helmut BRAUN dazu. Bäume, die z.B. im Zuge bewilligter Wasserbauvorhaben entfernt werden müssen, unterliegen an und für sich nicht dem Baumschutzgesetz, es müßten daher keine Ersatzpflanzungen erfolgen. Dennoch wird die Stadt Wien natürlich bei der Böschung möglichst viele neue Bäume pflanzen.++++
(Schluß) hrs/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Gesundheit und Soziales
17 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Anschließend wurde die Sitzung des Wiener Gemeinderates mit der Debatte Gesundheit und Soziales wieder aufgenommen.

Univ.-Prof. Dr. WAGNER (öVP) kritisierte, daß das Wiener Gesundheitswesen generell zu sehr bürokratisiert sei und daß es dadurch zu organisatorischen Leerläufen, aber auch zu einer Fehlentwicklung im Bezug auf eine humane Gestaltung der Medizin komme. Es gebe keine langfristige Investitionsplanung. Unter- und Überbelegungen in verschiedenen Bereichen dokumentierten, daß auch die Bettenreservierung nicht funktioniere. Generell vermisse man eine Anpassung der Struktur an den wirklichen Bedarf. Was das AKH betreffe, sei das Problem der Betriebs- und Organisationsform dieses Spitals nicht gelöst. In diesem Zusammenhang stellte Wagner einen ANTRAG zur Änderung des Baubeauftragungsvertrages, um eine Funktionsfähigkeit des Spitales nach seiner Fertigstellung zu garantieren. (Forts.) gab/rr

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Gesundheit und Soziales
18 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Die Akutbettenanzahl in Wien sei unter die Zehntausendergrenze gefallen, erklärte GR. KÖNIG (SPÖ), die Pflegebettenanzahl sei dementsprechend erhöht worden. Dies zeige das Bemühen der Stadt Wien, die Vorgaben des Spitalszielplanes einzuhalten.

Zum "Dialyseproblem" sagte König, daß diese Art der Erkrankung in den letzten Jahren zugenommen habe. Bei der Behandlung von Dialysepatienten werden in Wien keine Altersgrenzen, wie im Ausland, gesetzt. Von den insgesamt 260.000 Aufnahmen in Wiener Spitalern im Jahr waren rund 50.000 Nichtwiener, also rund 17 Prozent Fremdpatienten. Bei der Dialyse sei der Prozentsatz von Nichtwiener-Patienten doppelt so hoch.

Es gebe immer mehr Privatspitäler im Wiener Umland, die kostspielige Diagnosen und Thearapien auf den Wiener Steuerzahler abwälzen, deshalb sei eine Lösung bezüglich der Kosten, die Krankenversicherungs- und Sozialversicherungsträger übernehmen, dringend notwendig. So bekomme die Stadt Wien von ca. 3.500 Schilling effektiven Kosten für eine Dialysebehandlung im AKH nur 680 durch den Kranken- oder Sozialversicherungsträger ersetzt. Damit trage der Wiener Steuerzahler, schloß König, Lasten, die weit über seine Verpflichtungen hinausgehen. (Forts.) jel/rr

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Gesundheit und Soziales

21 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. Marilies FLEMMING (ÖVP)

nahm die Katastrophe von Tschernobyl zum Anlaß, um darauf hinzuweisen, daß das Warn- und Frühwarnsystem Bundeskompetenz sei. Sie hege großes Mißtrauen, denn für eine Millionenstadt sei es wichtig, daß das entsprechende Bundesministerium richtig agiere. Wir werden noch lange unter den Folgen von Tschernobyl zu leiden haben. Die Strahlenbelastung der Lebensmittel durch Cäsium werde noch lange andauern. Die Bevölkerung werde jedoch nicht richtig informiert, so komme es zu Verunsicherungen. Dr. Flemming stellte daher den ANTRAG, die Stadt solle laufend die aktuellen Strahlenwerte von Lebensmitteln, verbunden mit Interpretationen und Empfehlungen, veröffentlichen. (Forts.) fk/rr

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Gesundheit und Soziales

22 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Eveline ANDRLIK (SPÖ) betonte, daß die "sozialen Dienste" der Stadt Wien in einem immer höheren Maß in Anspruch genommen werden. Als einen der Gründe dafür nannte sie den Kontaktbesuchsdienst, der sich mit viel Einfühlungsvermögen in unaufdringlicher Weise an alle Menschen ab dem 65. Lebensjahr wendet.

Wie Andrlík weiter ausführte, erfreuen sich die Pensionistenheime ständig steigender Beliebtheit. Derzeit verfügt Wien über 22 Pensionistenheime, vier werden gebaut. Die Wartezeit beträgt durchschnittlich für Ehepaare ein bis zwei Jahre, für alleinstehende Personen - soweit sie nicht auf ein ganz bestimmtes Pensionistenheim festgelegt sind - drei bis vier Jahre. Weiters kündigte Andrlík an, daß künftig versuchsweise Aktivitäten für "junge" Bewohner der Pensionistenheime vorgesehen sind. So wird es Kegelabende und Wanderausflüge geben.

Kritisch äußerte sie sich über das mangelnde Interesse für Gesundenuntersuchungen. So haben im Vorjahr lediglich 6.000 Wiener diese Serviceleistung in Anspruch genommen. Positiv wertete sie, daß die jetzige Aktion "Schau auf Dich" von bereits 16.300 Personen aufgenommen wurde. (Forts.) ull/gg

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Gesundheit und Soziales

23 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP) kritisierte die Sozialpolitik der Gemeinde Wien und verwies auf die Novelle zum Sozialhilfegesetz, die Nachteile für Flüchtlinge und Sozialhilfeempfänger gebracht habe. Schlick beklagte, daß mit der VAMED ein zu wenig konkreter Vertrag abgeschlossen wurde, bei dem lediglich die Kostenverpflichtung der Stadt Wien zweifelsfrei normiert sei. In einem ANTRAG trat Dr. Schlick für Maßnahmen zur Behebung des Schwesternmangels ein. So soll es eine Trennung der pflegerischen Tätigkeit von anderen Arbeiten geben, modellhaft soll ein weniger hierarchisches System erprobt werden, es soll mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit geben, und ein Springerinnenpool soll geschaffen werden.

Es gebe auch Strukturängel in den Spitälern - ein großer Teil der internen Patienten sollte eigentlich in Pflegeheime aufgenommen werden, wo allerdings die erforderliche Kapazität fehlt. In einem weiteren ANTRAG verlangt die ÖVP die sofortige Erstellung eines Verkehrskonzeptes zur Verbesserung der Situation im alten und im neuen AKH. (Forts.) and/rr

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Gesundheit und Soziales

24 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) nahm zur "Arbeitsgemeinschaft Wohnplätze" Stellung, durch die tausend Behindertenwohnplätze geschaffen werden sollen. Hirnschall bezeichnete dieses Vorhaben als sehr positiv, wandte jedoch ein, daß man wirklich alle Behindertenorganisationen in dieses Vorhaben einbinden müsse. Weiters kritisierte Hirnschall, daß es trotz günstiger Durchschnittswerte für Verweildauer und Bettenauslastung nach wie vor über- und Unterbelagssituationen gebe und daß es für die wartenden Jungärzte noch immer keine Lehrpraxen gebe. Eine flächendeckende Hauskrankenpflege bezeichnete Hirnschall als wünschenswert im Sinne einer Eindämmung der Betriebsabgänge der Krankenhäuser. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Rechnungsabschluß - Debatte Gesundheit und Soziales

25 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Die Änderung des Abgabenänderungsgesetzes erschwere, kritisierte GR. Ing. WORM (ÖVP), die Forschungsarbeit an der Medizinischen Fakultät der Universität Wien erheblich. Laut neuem Abgabenänderungsgesetz müßten nun alle im Ausland angekauften Geräte für Forschungszwecke voll mehrwertversteuert werden. Es sei nicht im Sinne der medizinischen Forschung, auf Grund des Abgabenänderungsgesetzes eine Bürokratieerschwerung und eine Schwämmerung des Forschungsbudgets in Kauf zu nehmen. (Forts.) je/rr

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Gesundheit und Soziales

27 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) betonte zur Wortmeldung von GR. Ing. WORM (ÖVP), es werde versucht, eine Lösung anzupfeilen, damit der Forschung Gelder nicht entzogen werden. Zur Diskussion der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales meinte Stacher, es seien zahlreiche Mißverständnisse aufgetreten. Man dürfe nicht nur den Anstieg des Abganges sehen, sondern müsse auch die Zunahme der Leistungen berücksichtigen. So stieg allein die Zahl der Dialysebehandlungen von 7.066 im Jahr 1975 auf 31.827 im Jahr 1985. 335 Patienten mit chronischen Nierenleiden konnten nur deswegen weiterleben, weil Wien das Defizit von 84 Millionen in Kauf genommen hat. Hier könne nichts wegrationalisiert werden, es sei denn, man möchte Patienten "wegrationalisieren". Man solle auch nicht von einem Defizit sprechen, sondern von sozialen Leistungen für Patienten, auch für die aus anderen Bundesländern. Mit der derzeitigen Pflegegebühr würden die Gesamtkosten im öffentlichen Krankenhaus nicht abgegolten, während das Privatspital die Gesamtkosten verlangen könne.

Im sozialen Bereich, so Stacher, wurde Enormes geleistet. Er sei stolz darauf, daß täglich 20.000 Menschen in ihren Wohnungen versorgt werden, die deshalb nicht in ein Heim gehen müssen.

Zur Novelle zum Sozialhilfegesetz stellte Stacher fest, der Mißbrauch der Sozialhilfe sei verschwindend gering. Die Novelle schädige niemanden, während das von der ÖVP bevorzugte "Berliner Modell" um vieles unsozialer sei. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Umwelt und Bürgerdienst
28 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Zu Beginn seiner Ausführungen stellte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) fest, daß Lärm, Staub und Abgase entscheidende Einschränkungen im Lebensbereich der Wiener darstellen. Trotz aller Einigkeit von Fachleuten und Politikern gebe es weiterhin zu viele "Lärmterroristen". Dr. Pawkowicz kritisierte, daß die Bundespolizeidirektion Wien zwar mit Meßgeräten ausgestattet worden ist, diese bis auf acht Stück jedoch angeblich unauffindbar seien. Zum LKW-Nachtfahrverbot meinte er, daß der LKW-Schwerverkehr in einer negativen "Hitparade" der Lärmbelästigung nur Rang 6 einnehme, Spitzenreiter seien "frisierete" Zweiräder.

Zur Deponie Rautenweg sagte Pawkowicz, seine seinerzeitige Forderung einer Ummantelung der Deponie sei erfüllt worden. Nahe der Deponie befindet sich ein rund 8 Hektar freies Areal. Dort sollte, so Pawkowicz, eine abgedichtete Betonwanne errichtet werden, wo gefährliche Giftstoffe zumindest zwischengelagert werden können.

Grob vernachlässigt wurde nach den Worten von Pawkowicz der Zivilschutz. 200.000 Schilling im Budget entsprächen gerade einem Mittelklassewagen. Nun, nach den Ereignissen von Tschernobyl, sei man gescheiter geworden. Er erwarte sich deutliche Signale in Form einer raschen Fertigstellung eines Warnsystems, von Schutzräumen, eine Katastrophenschutzschulung, Katastrophenschutzpläne sowie Notbevorratungsmaßnahmen. In einem ANTRAG forderte er freiwillige Zivilschutzgruppen auf Basis der freiwilligen Feuerwehr, die in Kursen und Übungen laufend geschult werden sollen. (Forts.) ull/rr

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Umwelt und Bürgerdienst
29 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Zu geringe Beachtung der Anliegen des Zivilschutzes warf StR. Dolores BAUER (ÖVP) der Stadtverwaltung vor. Es werde kein Geld für den Zivilschutz ausgegeben, lediglich einige Hilfsorganisationen würden durch Subventionen gefördert. Zu vermissen seien präzise Planung, klare Verantwortlichkeiten und ein Maßnahmenkatalog für den Schutz der Menschen. Bundesweit liege Wien hier am Ende der Skala. Es gebe hier keine Schutzräume, keine Warn- und Alarmpläne und keine Sirenen. Wohl sei es möglich, mit relativ überschaubaren Problemen fertig zu werden, doch wahrscheinlich kaum mit Katastrophen. Notwendig sei ein Rückzug aus der Sackgasse Kernenergie, und Österreich müsse sich als Vorreiter in diesem Bereich erweisen, auch wenn es mit Sanktionsdrohungen konfrontiert werde. Dem Wiener Bürgermeister schlug sie vor, im Einvernehmen mit der Landesregierung zu einem international besetzten Hearing mit Völkerrechtsexperten einzuladen, bei dem geprüft werden sollte, ob Österreich das Recht und die Möglichkeit besitzt, Klage beim internationalen Gerichtshof einzubringen, weil es durch ausländische Atomkraftwerke und Kernwaffen bedroht ist. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Umwelt und Bürgerdienst
30 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) GR. VEJTISEK (SPÖ) wies auf die wichtigen Arbeiten hin, die in verschiedenen Bereichen der Geschäftsgruppe Umwelt und Bürgerdienst geleistet wurden. So hat die MA 22 das Wiener Luftmeßnetz zum modernsten Europas gemacht, Filteranlagen am Flötzersteig und in der Spittelau sowie verschiedene andere Maßnahmen haben wesentlich zur Verbesserung der Wiener Luft beigetragen. Die MA 30 hat ein Konzept für den Kanalnetzausbau in Wien erarbeitet und bereits in die Wege geleitet, das die Entsorgung der Stadt auf den modernsten Stand bringen wird. Der Vollausbau des Wasserleitungsnetzes in den nächsten fünf Jahren wurde durch die MA 31 begonnen. Bereits jetzt können die Wiener den größten Teil des Jahres über mit Hochquellenwasser versorgt werden. Die MA 42 hat durch verschiedene Maßnahmen dem Baumbestand in der Stadt bessere Lebensbedingungen geschaffen. Mit Aufforstungsmaßnahmen am Wienerberg und in anderen Bereichen hat die MA 49 weitere Maßnahmen zur Schließung des Wald- und Wiesengürtels gesetzt. Die MA 44 hat schließlich mit der Fortsetzung der Sanierungsarbeiten im Amalienbad und in anderen Bädern dazu beigetragen, das Angebot auf diesem Sektor in Wien zu verbessern. (Forts.) gab/rr

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Umwelt und Bürgerdienst
31 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Umweltpolitik sei ineffizient und chaotisch, erklärte GR. Ing. WORM (ÖVP). Es sei müßig, die Genesis des Kombi Kläranlage und EBS zu beschreiben, das sich immer noch im gleichen Zustand befinde wie vor sechs Jahren. Die Belastung, die durch nichtfunktionierende Entsorgungsanlagen auf den Wiener Bürger einwirke, betrage ein Vielfaches der Belastung, die der Reaktorunfall von Tschernobyl verursacht habe. Sowohl in der Kläranlage als auch bei den EBS sei man immer noch in einer Vorbereitungsphase für die notwendigen Sanierungsmaßnahmen. Die Sanierungsplanung für diese beiden Großanlagen überschreite nun bereits bei weitem deren Gesamtbauzeit. Eine Sonderabfalldeponie sei ebenfalls noch nicht in Griffweite. Zur Staustufe Wien sagte Worm, es gebe keinen Nachweis über deren energetische Notwendigkeit. Zur Planung Donaauraum sagte Worm, die erwünschte Bürgerbeteiligung käme zur falschen Zeit, und der geplante Wettbewerb würde viel zu schnell und mit zu niedrigen Preisgeldern durchgezogen. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Umwelt und Bürgerdienst

32 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) GR. FREINBERGER (SPÖ) widersprach seinem Vorredner GR. WORM (ÖVP): Die Staustufe Wien habe überhaupt keine Auswirkungen auf das Grundwasserwerk Lobau. Der Redner hob die Leistungen der MA 45 und der Koordinationsstelle Donaubereich hervor.

Das Jahrhundertbauwerk, die Donauinsel, werde bald fertig. 29,6 Millionen Tonnen Material wurden bisher bereits ausgehoben und 53 Hektar Insel aufgeschüttet. Als beispielgebend bezeichnete Freinberger die naturnahe Verbauung der Wienerwald-Wasserläufe und das Projekt Marchfeldkanal.

Mit dem Müllberg wurde Wien fertig. 67 Prozent des Mülls wurden in die Verbrennungsanlagen gebracht, der Rest deponiert.

Der Pressedienst der Stadt Wien, so Freinberger, betreibe die Information so, wie sie sein soll. Im Berichtsjahr wurden fast 4.000 Meldungen der "RATHAUSKORRESPONDENZ" ausgesendet, dreihundert Pressekonferenzen und hundert Veranstaltungen durchgeführt. Die unbürokratische Arbeitsweise des Bürgerdienstes hat sich bewährt, 268.000 Kontakte mit Bürgern wurden verzeichnet.

Die Wiener Feuerwehr, ausgestattet mit modernsten Geräten, sei eine der besten der Welt und hatte im Jahr vor ihrem 300 jährigen Jubiläum 28.700 Einsätze zu bewältigen. (Forts.) fk/rr

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Umwelt und Bürgerdienst

33 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. NEUBERT (ÖVP) stellte in Zweifel, ob die von Bürgermeister Zilk gegebene Wassergarantie tatsächlich Gültigkeit habe. Seiner Meinung nach sei das Grundwasserwerk Donauinsel Nord offenbar doch gefallen, und er wolle wissen, ob dies wegen zu minderer Wasserqualität oder wegen der geplanten Staustufe Wien geschehen sei. Die Pfannbauernquelle sei viel zu spät in Angriff genommen worden, und was die zweite Hochquellenwasserleitung betrifft, wurde eine Totalsanierung schon vor Jahren als nötig bezeichnet.

Dr. Neubert erinnerte an einen 25 Jahre alten Kernreaktor, der im Prater steht und nicht mehr der heutigen Technologie entspricht. Nun habe er erfahren, daß der Kernreaktor um sieben Millionen Schilling mit neuen Brennelementen bestückt werden soll. Es stelle sich die Frage, ob man aus Tschernobyl nichts gelernt habe.

Neubert kritisierte, daß zuwenig Summen für Kanalinstandsetzungen und den Ausbau des Kanalnetzes aufgewendet werden. (Forts.) ull/rr

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Umwelt und Bürgerdienst

34 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) StR. BRAUN (SPÖ) erklärte, beim Rautenweg bestehe derzeit keine Gefahr einer Kontaminierung, um sie aber auch für die Zukunft ausschließen zu können, wurde seit einem Jahr die Umspundung vorbereitet und wird nun realisiert. Sie ist nach Ansicht aller Fachleute die beste Möglichkeit. Das angrenzende Areal gehört zum umspundeten Bereich und wird eine gesicherte Deponierung ermöglichen. EBS und HKA seien für parteipolitische Spiele nicht geeignet, sagte Braun. Bei den EBS wurde die Rauchgaswäsche bereits vergeben, und die Hauptkläranlage erbringe nachweislich eine deutlich bessere als die vorgeschriebene Reinigungsleistung. Die Verdoppelung des Fassungsraumes und die Abdeckung der HKA seien im Gang, und derzeit werde entschieden, ob der Frisch- oder der Faulschlammverbrennung der Vorzug zu geben ist. Bei der Müllverbrennungsanlage Spittelau wurde der erste Ofen bereits umgestellt, jener beim zweiten sei derzeit im Bau, sodaß weniger als fünf Prozent der Emissionen erreicht werden, sagte Braun. Für Entstickungsanlagen gebe es allerdings noch nirgends geeignete Vorbilder. Zum Zivilschutz betonte Braun, daß die Stadt Wien neben den bestehenden Hilfsorganisationen nicht noch eine zweite Ebene schaffen wolle, aber es werden gemeinsam mit dem Zivilschutzverband Konzepte erarbeitet. Hinsichtlich der Alarmierung werde gemeinsam mit der Schweiz und Schweden ein Konzept erstellt. Wichtig sei eine umfassende Einbeziehung der Bevölkerung in Zivilschutz und Zivilschutzausbildung. Zivilschutz dürfe nicht mit Militär assoziiert werden, wenn auch im Katastrophenfall Militär beigezogen werden muß. In erster Linie sei Zivilschutz jedoch Menschenschutz. Mit dem von Dolores Bauer angeregten Hearing könne er sich identifizieren, zumal Zilk bereits vorher eine entsprechende Weltkonferenz vorgeschlagen hatte, ergänzte Stadtrat Braun. (Forts.)
and/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Kultur und Sport

35 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) wies auf die Bedeutung des Kulturlebens für das Wiener Image und den Fremdenverkehr hin. So seien etwa die Renovierung der Secession und des Raimundtheaters oder die Ausstellung "Traum und Wirklichkeit" geeignet, das Bild Wiens in der Welt noch zu verbessern. Wenn nun mit dem Ronacher ein weiteres Theater renoviert werde, sei es jedoch notwendig, ein wirtschaftliches Konzept für die Wiener Theaterszene zu entwickeln, um das Budget nicht zu überfordern. Ein Eigenfinanzierungsgrad der Theater von 50 Prozent wäre wünschenswert. Weiters forderte Pawkowicz im Sinne des Städtetourismus eine Liberalisierung der Ladenschlußzeiten. Abschließend verwies er auf die positiven Auswirkungen der Konsenspolitik im Bereich des Kulturlebens und auf die effiziente Arbeit der Beamten im Kulturbereich. (Forts.) gab/rr

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Kultur und Sport

36 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen der Altstadterhaltung sei eine steigende Zahl von bedeutenden Gebäuden gefördert worden, erklärte GR. HAHN (ÖVP). Unverständlich erscheine ihm in diesem Zusammenhang aber, daß von den Gesamteinnahmen aus dem Kulturschilling von 137 Millionen der Altstadterhaltung und Ortsbildpflege nur 53 Millionen Schilling, 20 Millionen weniger als budgetiert, zur Verfügung gestanden seien.

Als ein Beispiel für die "Ankündigungspolitik" im Kulturbereich nannte Hahn die Sanierung des Grassalkovich-Schlössls, dessen Bauzustand immer schlechter werde und bereits gewaltige Mittel zur Sanierung nötig mache. Hahn brachte einen ANTRAG auf Überprüfung des Bauzustandes des Grassalkovich-Schlössels durch das Kontrollamt ein. Ein ähnlicher Fall, erklärte Hahn, sei das Palais Harrach, worüber bereits ein negativer Kontrollamtsbericht vorliege, der von der Stadt Wien ignoriert wurde. Für das Palais Harrach gebe es bereits seit längerem einen potenten Bewerber, der konkrete Vorstellungen über Kaufpreis und Sanierungsmaßnahmen habe. (Forts.) jel/rr

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Kultur und Sport

37 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Leopoldine PFAUSER (SPö) verwies darauf, daß die Kulturoffensive der letzten Jahre erfolgreich fortgesetzt worden sei. Die Ausstellung "Traum und Wirklichkeit" mit mehr als 625.000 Besuchern war DAS Kulturereignis des vergangenen Jahres. Sie erzielte auch einen großartigen Erfolg in Paris und wird diesen Sommer in New York sicher dazu beitragen, das Image Wiens und Österreichs zu verbessern.

Im In- und Ausland ist der Ruf Wiens als Kulturmetropole sehr gut. Die "Wiener Szene" hat aufgeholt. Pfauser führte das auf das Klima der Toleranz in den 70er und 80er Jahren sowie auf das erfolgreiche Wirken der Kulturbeamten und Kulturpolitiker der Stadt zurück.

Die Wiener Festwochen sind weit über die Grenzen unseres Landes hinaus bekannt und ziehen auch die Jugend an. Besonders erfolgreich sind die Veranstaltungen der Bezirksfestwochen, bei denen der Wiener Charakter erhalten bleiben konnte. (Forts.) fk/rr

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Kultur und Sport

38 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) GR. ARTHOLD (ÖVP) ging darauf ein, daß die für die Altstadterhaltung vorgesehenen Mittel von 80 Millionen um 100 Millionen auf insgesamt 180 Millionen Schilling erhöht worden sind. Wie Arthold erklärte, seien dies in Wirklichkeit allerdings keine ZUSÄTZLICHEN Mittel, sondern Vorgriffe auf kommende Jahre. Die 180 Millionen sollten vornehmlich für die "Dörfer" in Wien verwendet werden. Diese Dörfer - wie Strebersdorf, Stammersdorf, Oberlaa oder Inzersdorf - hätten tatsächlich eine große Chance: Sie müßten revitalisiert werden, damit sie eine wesentliche Funktion für ihr Umland bekommen. Arthold sprach in diesem Zusammenhang von einem "Kompetenzwirrwarr", bei dem die MA 7 - Kulturamt - überfordert sei.

Er beklagte weiters, daß man sich zu wenig mit den Bürgern auseinandersetze. So hätten private Initiatoren jahrelang an einer gefährlichen Stelle in Oberlaa einen Verkehrsspiegel gefordert, nun habe es kürzlich einen tödlichen Verkehrsunfall gegeben. Dies sei nicht der einzige Fall, bei dem man für private Initiativen kein Interesse gezeigt hätte. (Forts.) ull/rr

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Kultur und Sport

39 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) GR. STRANGL (SPö) erklärte, in den letzten Jahren konnten im Sportbereich viele Probleme gelöst werden. Die Überdachung des Stadions werde nächstes Jahr abgeschlossen, und gemeinsam mit dem Ferry-Dusika-Stadion werden die Sportanlagen in diesem Bereich zusammengefaßt. Der Parallelschlalom bedeutete eine Werbung für die Stadt, ebenso die bevorstehende Rad-WM, und der Stadtmarathon sei heute nicht mehr wegzudenken. Positiv habe sich ausgewirkt, daß der Bund auf der Einhebung der Überwachungsgebühr bei Volkssportveranstaltungen verzichte. Der Eisring-Süd, der immer heftig diskutiert wurde, komme sehr gut an. Die Kinder- und Jugendsportaktionen werden weitergeführt und ausgeweitet, und die Aktion "Komm zum Sport" habe auch zur Annahme kultureller Angebote geführt. (Forts.) and/rr

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Kultur und Sport

40 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Mag. KAUER (öVP) forderte eine verstärkte Gesprächsbereitschaft über die Leitlinien der Kulturpolitik der Zukunft. Kauer bemängelte, daß der Dispositionsspielraum im Kulturbudget schrumpfe, was zu Lasten der Kleinen gehe, während die Fixkosten für die großen Kulturinstitutionen immer mehr zunehmen. Für die Zukunft gelte es, steuerliche Anreize für privates Sponsorentum im Kulturbereich zu schaffen, die derzeitigen Förderungsstrukturen zu überprüfen und nach einer neuen Förderungsphilosophie mehr Ansätze zu fördern, die in die Zukunft führen. Durch die Schaffung von "Freyungen" könne man jungen Künstlern ohne behördliches Verfahren die Möglichkeit geben, sich zu präsentieren. Schließlich kritisierte Kauer die Gewerkschaft Kunst, Medien, freie Berufe, die ihre Arbeit zuwenig in den Dienst ihrer Mitglieder stelle und stattdessen eher zum Selbstzweck agiere. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Kultur und Sport

41 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Konzepte im Kulturbereich, erklärte StR. MRKVICKA, bedeuten eine ständige Auseinandersetzung mit dem Leben einer Stadt, mit Trends, Ideen und Innovationen. Jeder, der über die Mittlerfunktion zwischen Publikum und Künstler hinaus eingreife, betrete den Weg zu einer dirigistischen Kunst- und Kulturpolitik. Die Fixausgaben im Kulturbudget hätten sicherlich hohe Summen erreicht, doch sei es eben eine Kostenfrage, ob man sich das kulturelle Angebot, pro Abend 16.938 Theaterplätze bereitzuhalten, leisten wolle.

Zu den drei Bühnen Ronacher, Raimundtheater und Theater an der Wien sagte Mrkvicka, man versuche eine ökonomisch günstige Lösung zu finden, müsse aber dazu auch neue Wege einschlagen.

Zum Kostendeckungsgrad der Wiener Theater meinte der Kulturstadtrat, diese stünden im Vergleich zu anderen Bühnen auch im europäischen Raum durchaus günstig. Das Theater an der Wien spiele 61 Prozent, die Josefstadt mehr als 35 Prozent und das Volkstheater rund 22 Prozent seiner Kosten ein. Zur Altstadterhaltung am Beispiel Palais Grassalkovich führte Mrkvicka aus, es gehe um eine wirtschaftlich vertretbare Nutzung. Beim Palais Harrach werde die Lösung nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Noch nie habe es ein so großes Kulturbudget gegeben wie 1985, sagte Mrkvicka im Zusammenhang mit der Kritik an der Literaturförderung. Mit den Buchankäufen, Preisen und Literaturveranstaltungen habe die Stadt Wien für diesen Bereich 1985 rund 20 Millionen Schilling ausgegeben. (Forts.) je/rr

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Bildung, Jugend und Familie

42 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Mag. Eva PETRIK (ÖVP) stellte fest, daß Familien mit Kindern eher armutsanfällig sind als kinderlose. "Leute mit Kindern haben mehr Arbeit, Kinderlose haben mehr Geld". Sie urgierte flankierende Maßnahmen für kinderreiche Familien, etwa die Erstellung einer Broschüre des PID über die Ansprüche von Familien. Außerdem sollten Eigeninitiativen, die der Öffentlichkeit viel Geld ersparen, mehr gefördert werden. Es wäre auch denkbar, private Kindergärten zu subventionieren, allerdings müßten diese Zuwendungen an Auflagen geknüpft werden. In einem ANTRAG spricht sich die Rednerin für die Senkung der zulässigen Gruppenkinderhöchstzahlen in Kindergärten von derzeit 32 auf 28 aus. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Bildung, Jugend und Familie
43 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HANKE (SPö) betonte, sich gerne zur "Lobby" für die Kinder zu machen. Er stimme seiner Vorrednerin auch darin zu, daß die Gesellschaft unseren Kindern viel schuldig bleibt. Kinderfreundlichkeit dürfe und müsse nicht allein Verpflichtung für die Stadtverwaltung, sondern für uns alle sein. Er erinnerte an zahlreiche Leistungen, die für die Familie im Laufe der Jahre eingeführt wurden und heute schon beinahe eine Selbstverständlichkeit sind. In diesem Zusammenhang verwies er auf die kostenlosen Schulbücher.

Abschließend erinnerte Hanke daran, daß im zu Ende gegangenen "Jahr der Jugend" mehrere Gesetze beschlossen und Enqueten abgehalten wurden, um Kindern weitere Verbesserungen zu schaffen.
(Forts.) ull/gg

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Bildung, Jugend und Familie
44 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HELMER (ÖVP) stellte den ANTRAG, die Freifahrt für Lehrlinge zu den betrieblichen Ausbildungsstätten zu ermöglichen. Die Mittel dafür sollten aus dem Familienlastenausgleich refundiert werden. Helmer beklagte die starke Belastung der Schüler und meinte, engagierte Lehrer stellten die Leistungsgruppen in der Neuen Hauptschule in Frage. Sozialistische Schulpolitiker wollten über diese Hintertüre die Neue Mittelschule einführen. Die Praktizierung des Schulversuches führe überdies zu Engpässen bei den Klassenräumen. Ein Kontrollamtsbericht zeige auf, führte Helmer weiter aus, daß an manchen Schulen, wie etwa an Wiens größter Schule, die Moral der Schüler zersetzt sei. Dies zeige sich etwa an beschädigten Werkzeugen und demolierten Kästen. Die vom Kontrollamt geäußerte Kritik an Lehrern und Direktoren sei zurückzuweisen, vielmehr treffe die Schuld das "Schulmonster". Die persönliche Zusammenarbeit aller am Schulgeschehen Beteiligten sei nur schwer möglich, nicht einmal die Lehrer kennen einander gut. Schließlich betonte Helmer die Bedeutung der musischen Bildung als Mittel, auch um der Rohheit entgegenzuwirken. (Forts.) and/rr

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Bildung, Jugend und Familie
45 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) GR. STEINBACH (SPÖ) wies auf die Leistungen der MA 13 in der Erwachsenenbildung und der außerschulischen Jugendziehung hin. So verzeichnen die Einrichtungen der Volksbildung in Wien rund 1,5 Millionen Teilnehmer im Jahr. Vom Verein für soziale Bildungsarbeit, dem Verein Kulturzentrum Spittelberg und der Arena werden weitere wichtige Akzente in Kultur- und Bildungsarbeit gesetzt. Im Bereich der Jugendarbeit wies Steinbach im besonderen auf die Aktionen zum Jahr der Jugend 1985 hin. Weiters gibt es mit dem Ferienspiel, den Familiensonntagen und der Aktion "Jugend in Wien" Jahr für Jahr wichtige Aktivitäten mit großer Breitenwirkung. Zum Schulbereich sagte Steinbach, daß gerade für die Ganztagschule ein großer Bedarf bei der Bevölkerung besteht. Für das Modell der offenen Schule im Rahmen der Schulversuche herrscht ebenfalls großes Interesse. Im Berufsschulbereich forderte Steinbach eine Ausweitung der Schulzeit, was jedoch - so der Redner - bis jetzt von der Wiener Wirtschaft verhindert wurde. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Bildung, Jugend und Familie
46 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Hilde SCHILLING (ÖVP) regte an, die Volkshochschulen sollten die Schulung für den Selbstschutz im Rahmen des Zivilschutzes übernehmen. Die Katastrophe von Tschernobyl und die Erkenntnis, daß "die da oben" nicht richtig vorbereitet seien, habe viele Menschen geschockt. Die vorbeugende Schulung müßte ein Anliegen der Volksbildung sein. Gerade der Zivilschutztag am Laaer Berg habe gezeigt, wie nötig es sei, richtiges Verhalten in Krisensituationen zu lernen. Die Rednerin kritisierte den Zivilschutzatlas, er enthalte lediglich Binsenweisheiten und habe ein niedriges Niveau.

In einem ANTRAG forderte Schilling die für den Zivilschutz verantwortlichen Stellen auf, die Volkshochschulen zu beauftragen, ein Selbst- und Zivilschutzprogramm auszuarbeiten und dieses in den Volkshochschulen anzubieten. (Forts.) fk/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Bildung, Jugend und Familie

47 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) StR. Ingrid SMEJKAL (SPö) wandte sich an den Gemeinderat mit der Feststellung, sie brauche wie auch ihre Vorredner keine lange Rede für Kinder zu halten, weil alle in diesem Saal ohnehin von diesem Anliegen überzeugt sind. Sie betonte, für die Zukunft optimistisch zu sein: Familienplanung ist kein Schlagwort mehr, und es kämen immer mehr Wunsch Kinder auf die Welt. Sie appellierte, man dürfe im Umgang mit jungen Leuten nie vergessen, daß auch Kinder Persönlichkeiten sind. So sollten sie auch behandelt werden.

Smejkal bestätigte den Trend zu städtischen Kindergärten. Als Gründe nannte sie sowohl das gutausgebildete Personal als auch die finanziellen Bedingungen. Wer aufgrund sozialer Bedürftigkeit nicht zahlen könne, kann sein Kind zum Nulltarif in einem städtischen Kindergarten unterbringen. Dies geschehe, obwohl man wisse, daß dadurch der Stadt Wien beträchtliche Einnahmen verloren gehen.

(Forts.) ull/gg

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

48 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. KRASSER (ÖVP) befaßte sich mit der Aufhebung des Paragraph 69 der Bauordnung durch den Verfassungsgerichtshof. Darin geht es um die Zustimmung der Bezirksvertretung zu Abweichungen vom Bebauungsplan. Krasser urgierte eine Sanierung der Bestimmung, wie sie bereits entscheidungsreif sei, um nicht die Situation zu prolongieren, daß die Baupolizei nun Ausnahmen ohne Beziehung der Bezirksvertretung genehmige. Man müsse diese Forderung auch im Zusammenhang mit der proklamierten Aufwertung der Bezirksrechte sehen.

Krasser ging dann auf die, wie er sagte, im Gesetz nicht gedeckte Umwidmung von Wohnraum in Büroräume ein und kritisierte dabei insbesondere den Stadterneuerungsfonds. In diesem Fall sei übrigens der Wohnraum zum entscheidenden Stichtag des Inkrafttretens der neuen Bauordnung vom ehemaligen Burgtheaterdirektor als Wohnung verwendet worden. Noch immer unerledigt sei der ÖVP-Antrag betreffend ein Gesetz über Ehrenkränkung, Lärmbelästigung und Bettelei. In einem ANTRAG fordert die ÖVP, eine Enquete einzuberufen, die den Titel "Wie schützen wir uns vor Gift in Haushalt, Ernährung, Garten" tragen soll. (Forts.) and/rr

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

49 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HAAS (SPÖ) betonte, daß auch die Sozialisten für die Mitsprache der Bezirksvertretungen bei Bauordnungsfragen eintreten. Haas wies weiters auf die zahlreichen Maßnahmen im Dienste der Konsumenten hin, die im Bereich des Ressorts geleistet werden. Insbesondere nannte er die Gemüseuntersuchungen des Marktamtes und die Tätigkeit der Lebensmitteluntersuchungsanstalt sowie auch das Konsumententelefon oder spontane Aktionen wie den Permanenzdienst im Zuge des Weinskandals. Auch Modernisierungen im Parteienverkehr sind letztlich im Dienste des Konsumenten zu sehen, sagte Haas. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

50 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Das abgelaufene Budgetjahr, sagte GR. Gertrude OSTRY (SPÖ), habe für die Bediensteten der Stadt Wien zahlreiche Verbesserungen gebracht. So sei es seit Oktober 1985 möglich, Teilzeitarbeit in Anspruch zu nehmen, was auch Männern die Möglichkeit gebe, die Betreuung eines Kindes zu übernehmen. Derzeit haben 62 Bedienstete, darunter ein Mann, diese Regelung, die eine Vorstufe zum wahlweisen Karenzurlaub bedeute, gewählt. Auch das Frauenförderungsprogramm, das 1985 mit Grundseminaren begonnen wurde und das nun auch Aufbauprogramme beinhalte, sei ein Meilenstein, um die zwar versteckte, aber immer noch existierende Benachteiligung der Frauen auszugleichen. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

51 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) STR. SEIDL (SPÖ) betonte, sie trete dafür ein, daß den Bezirksvertretungen Mitspracherechte bei Änderungen des Flächenwidmungsplanes eingeräumt werden sollen. Bezüglich der Schädlingsbekämpfungsmittel verwies Seidl auf das Forderungsprogramm an den Bundesgesetzgeber. Bei Importgemüse werden bei Proben häufig Pflanzenschutzmittel nachgewiesen, die in Österreich verboten sind. Zum Problem "Ehrenkränkung" sind noch Verhandlungen nötig. Den Antrag der ÖVP über tägliche Information über die Radioaktivität in Lebensmitteln sollten die zuständigen Ausschüsse eingehend beraten.

Die Debatte wurde um 0.15 Uhr unterbrochen und wird heute,